

China verteilt. Große Fortschritte habe man darüber hinaus in der Impfstoffentwicklung gemacht.

Zwei Vorfälle im Mai machten allerdings deutlich, dass die vorhandenen Informationen nicht in jedem Fall an die Öffentlichkeit weitergegeben werden:

Im ersten Fall gab das Landwirtschaftsministerium am 21. Mai bekannt, dass am 4. Mai in der Provinz Qinghai tote Zugvögel gefunden worden waren, die mit dem Vogelgrippevirus H5N1 infiziert waren. Man vermutete, dass sie aus Südostasien kamen, und sah angesichts der erfolgreichen Erfahrungen in der Bekämpfung der Grippe im Frühjahr 2004 keine Gefahr für die Bevölkerung. Das betroffene Naturgebiet war abgeriegelt worden und nach der Diagnose des Virus waren 3 Mio. Stück Geflügel in der Umgebung sowie entlang der Flugrouten geimpft worden, wobei der Impfstoff gegenüber 2004 verbessert worden sei. Eine Untersuchung ergab, dass kein Geflügel infiziert war und eine Übertragung auf Menschen nicht stattgefunden hatte. Dabei blieb das Ministerium auch, als es am 27. Mai auf einer Pressekonferenz die Zahl der toten Zugvögel mit über 1.000 fünfmal höher setzte. Die internationale Presse lobte die Reaktion auf den Fund als ernst und schnell.

Anders war es, als Gerüchte vom Ausbruch der Maul- und Klauenseuche und dem Keulen von 1.000 Rindern im Kreis Yanqing in der Nähe Beijings berichteten. In diesem Fall wies die zuständige Abteilung im Landwirtschaftsministerium alle Berichte zurück und die Polizei ließ Reporter nicht in den Kreis reisen. Neben angeblichen Telefongesprächen mit Dorfbewohnern, die allerdings offiziell unterbunden wurden, wurde in der Presse auf zwei weitere Indizien verwiesen. Zum einen hatte die Zentralregierung der World Organisation for Animal Health (OIE) am 13. Mai bereits zwei Fälle gemeldet, und zwar in Tai'an in der Provinz Shandong sowie in Wuxi in der Provinz Jiangsu, bei denen 183 bzw. 40 Tiere geschlachtet worden waren. Zum anderen war am 9. März in

Hongkong bei aus China importiertem Vieh die gleiche Krankheit diagnostiziert worden, was zum Keulen von 7.147 Schweinen, 560 Rindern und 120 Ziegen geführt hatte. Obwohl die Krankheit für Menschen nicht gefährlich ist, blieb Beijing bei dem Dementi bis ein verantwortlicher Veterinär im Landwirtschaftsministerium am 27. Mai erklärte, man habe der OIE drei neue Fälle gemeldet (neben Yanqing noch in den Kreisen Hebuke-saier in Xinjiang sowie Sanhe in der Provinz Hebei) und insgesamt über 4.000 Rinder gekeult. Ein Kompensationsplan sei in Arbeit und den betroffenen Bauern sollten 4-6.000 Yuan pro Stück gezahlt werden. Die Zeitspanne von 20 Tagen zwischen Ausbruch und Meldung erklärte er für normal. Es habe keine Gefahr für Menschen bestanden und die Virentests hätten so lange gedauert. (RMRB online, 15.5.05, nach BBC PF, 18.5.05; XNA, 21.5.05, nach BBC PF, 22.5.05; XNA, 22., 23.5.05, nach BBC PF, 25.5.05; WSJ, 21., 24., 27.5.05; ST, 28.5.05; HB, 23.5.05; SCMP, 23., 24., 28.5.05; IHT, 24.5.05)

31 Inoffizielles Museum zur Kulturrevolution

Im Zusammenhang mit den chinesischen Vorwürfen an Japan, sich seiner eigenen Kriegsverbrechen nicht zu stellen, wurde von ausländischen Kommentatoren verschiedentlich auch auf die schwarzen Flecken in Chinas jüngster Geschichte verwiesen. Eine gewisse Aufmerksamkeit bei Hongkonger Journalisten erlangte in diesem Zusammenhang ein inoffizielles Museum zur Kulturrevolution, das in der Nähe von Shantou in der Provinz Guangdong Anfang des Jahres eröffnet wurde – das erste Museum zur Kulturrevolution in China. Als Initiatoren werden der ehemalige stellvertretende Bürgermeister von Shantou, Peng Qian, und ein früherer Parteikader, Ren Zhongyi, genannt, die für ihr Vorhaben private Spenden erhielten, u.a. vom Hongkonger Milliardär Li Ka-shing. Das Museum, in dem vornehmlich Fotos, Zeichnungen

und Zeitungsausschnitte zu sehen sind, soll im April auch in China selbst Aufmerksamkeit erregt haben, zunächst in der lokalen, dann sogar in der Shanghaier Presse. Später soll die weitere Berichterstattung von der Provinzregierung untersagt worden sein. (SCMP, 19.5.05, nach BBC PF, 20.5.05; *Sunday Morning Post*, nach BBC PF, 24.5.05; IHT, 30.5.05)

Außenwirtschaft

Margot Schüller

32 Weiter hohes Tempo der Außenhandelsentwicklung

Im 1. Quartal 2005 stieg das chinesische Außenhandelsvolumen um 23,1% im Vergleich zur Vorjahresperiode und erreichte ein Niveau von 295,2 Mrd. US\$. Die Ausfuhren legten um 34,9% zu und lagen bei 155,9 Mrd. US\$, die Einfuhren erhöhten sich um 12,2% und betragen 139,3 Mrd. US\$. Der Überschuss in der Handelsbilanz machte 16,6 Mrd. US\$ aus.

Mit einem Handelsvolumen von 47,11 Mrd. US\$ (+26%) blieb die EU der wichtigste Handelspartner, die USA lagen mit 43,62 Mrd. US\$ (24,3%) und Japan mit 41,24 Mrd. US\$ (+12%) auf den zweiten und dritten Plätzen.

Der Anteil des Außenhandels, der auf Hightech-Produkte entfiel, belief sich auf 84 Mrd. US\$ (+26,2%). Hightech-Ausfuhren machten 40,29 Mrd. US\$ und Hightech-Einfuhren 43,7 Mrd. US\$ aus.

Die Provinz Guangdong zählt zum wichtigsten Außenhandelsstandort und wies im 1. Quartal ein Außenhandelsvolumen von 83,06 Mrd. US\$ (+14,4%) auf. Auf die Provinz entfiel damit ein Anteil von 28,1% am gesamten Außenhandel im 1. Quartal. Der Veredelungshandel machte mit 33,1 Mrd. US\$ wiederum einen beachtlichen Anteil des Gesamthandels aus.

Neben Guangdong gehören die Provinz Jiangsu und die Metropole Shanghai zu den wichtigsten Außenhandelsstandorten. Shanghai wies ein Außenhandelsvolumen von 76 Mrd. US\$ (+25,7%) auf; der Veredlungshandel belief sich auf 33,8 Mrd. US\$ (+36%).

Nach Einschätzung von Liu Haiquan, stellvertretender Direktor der Planning and Financial Affairs Division des Handelsministeriums, wird China im Jahre 2005 mit wachsenden außenwirtschaftlichen Herausforderungen konfrontiert werden. Liu bezieht sich dabei auf das Auslaufen der dreijährigen Übergangsfristen, die im WTO-Beitrittsprotokoll für viele Wirtschaftsbereiche festgelegt worden sind. So wird bis Ende des Jahres 2005 der durchschnittliche Zolltarif von 10,4% im Jahre 2004 auf 9,9% fallen. Weiterhin müssen alle nichttarifären Maßnahmen aufgehoben sein, einschließlich Importquoten und Importgenehmigungen. Hierzu gehört auch die Abschaffung der Beschränkungen beim Import von Agrarprodukten, die zu negativen Auswirkungen für die Bauern führen könnte. Weiterhin rechnet Liu damit, dass sich der Dienstleistungshandel schneller entwickeln wird, verbunden allerdings mit einer Erhöhung der Wettbewerbsintensität zwischen den chinesischen und ausländischen Unternehmen. Die Folge könnte ein Anstieg des Defizits im Dienstleistungshandel sein.

Liu geht davon aus, dass der gesamte Außenhandel in diesem Jahr um 15% zunehmen und ein Volumen von 1.300 Mrd. US\$ erreichen wird. Die Ausfuhren werden der Schätzung des Handelsministeriums zufolge um 15% auf 682 Mrd. US\$ steigen, die Importe werden sich um 16% erhöhen und auf 651 Mrd. US\$ belaufen. Für das Jahr 2005 prognostiziert Liu einen Außenhandelsüberschuss zugunsten Chinas in Höhe von rd. 30 Mrd. US\$.

Chinas hohes Außenhandelswachstum in den ersten drei Monaten d.J. wird u.a. durch die Ausweitung der Textil- und Bekleidungsexporte in die wichtigsten Handelspartnerlän-

der gespeist. Gerade dies hat jedoch zu negativen Reaktionen geführt, wie im Einzelnen in der Dokumentation 36 gezeigt wird. Allerdings ist es für die chinesische Zentralregierung kaum noch möglich, die Exportentwicklung wie in der Vergangenheit zu steuern. Während die Importzuwächse durch Beschneidung der Investitionen wichtiger überwiegend staatseigener Unternehmen in einem gewissen Umfang noch beeinflusst werden können, ist dies bei den Ausfuhren aufgrund der Dezentralisierung nicht ohne weiteres der Fall.

Ein Kommentar in der *Financial Times* vom 13.4.05 weist in diesem Zusammenhang zu Recht darauf hin, dass aufgrund der Größe des Landes zusammen mit dem Wachstum des privaten Sektors und der Deregulierung des staatlichen Monopols im Außenhandel es sehr schwierig geworden sei, die Exporteure zu kontrollieren. Um die negativen Auswirkungen für China zu beschränken, werde derzeit unter Regierungsvertretern und Wissenschaftlern diskutiert, inwieweit Selbstbeschränkungen im Außenhandel erforderlich und sinnvoll sind. Im Verhältnis zwischen den USA und Japan habe es informelle Vereinbarungen in den 80er und frühen 90er Jahren über eine Selbstbeschränkung bei Exporten gegeben, die sich auf die Ausfuhr von japanischen Fahrzeugen und bestimmten Maschinen in die USA bezogen. (XNA, 12., 13., 17., 18., 30.4.05; FT 13.4.05)

33 Chinas Währungspolitik – USA führen Gruppe der Kritiker an

Der US-amerikanische Finanzminister John Snow ging in einer Anhörung vor dem Bankkomitee des US-Senats Ende Mai davon aus, dass China innerhalb der nächsten Monate zu einer Lockerung seiner Währungspolitik kommen wird. Bereits Mitte Oktober, bevor das Finanzministerium einen neuen Bericht zur Frage von Währungsmanipulationen verfasst habe, werde China nach Einschätzung von Snow sei-

nen Wechselkurs an die Marktentwicklung angepasst haben.

Über die Höhe der notwendigen Aufwertung bestehen unterschiedliche Positionen. Einige Experten schätzen, dass die Währung zwischen 15% und 40% unterbewertet ist. Es wird davon ausgegangen, dass eine geringe Aufwertung von beispielsweise nur 5% wenig Entlastung mit sich bringen, sondern lediglich die Erwartungen an eine weitere Aufwertungsrunde erhöhen werde.

In einem Halbjahresbericht hatte das US-Finanzministerium zuvor die chinesische Währungspolitik mit den Worten kritisiert: „Current Chinese policies are highly distortionary and pose a risk to China's economy, its trading partners and global economic growth“ (ST, 19.5.05). Nach einem Gesetz aus dem Jahre 1988 muss das Finanzministerium regelmäßig die Währungspolitik der Handelspartnerländer analysieren und darüber informieren, ob sich ein Land durch Manipulation der Währung unfaire Handelsvorteile verschafft. In solchen Fällen kann die US-Regierung dann zu wirtschaftlichen Sanktionen greifen.

Snow vertritt mit seinen Ausführungen die Interessen der US-Hersteller und bestimmter Mitglieder im Kongress, die sich über die angeblich unterbewertete chinesische Währung beschwerten. Dies ist der Hintergrund dafür, dass der Senat im April d.J. damit gedroht hat, chinesische Produkte mit Strafzöllen zu belegen, wenn die Währung nicht aufgewertet werde.

Andere Handelspartner Chinas kritisieren ebenfalls die Währungspolitik des Landes, allerdings nicht in dieser heftigen Form. So wies der japanische Finanzminister Sadakazu Tanigaki Mitte Mai darauf hin, dass eine Lockerung des Wechselkursystems vorteilhaft für China und die Weltwirtschaft wäre. Allerdings sollte es China unter Berücksichtigung der inländischen Wirtschaftsentwicklung und der Entwicklung der Finanzmärkte überlassen bleiben, den richtigen Zeitpunkt für diesen Schritt zu wählen.

Auf dem Treffen der G7-Finanzminister und Zentralbankvertreter Mitte April d.J. war die chinesische Währungspolitik ebenfalls angesprochen worden. So betonte der französische Finanzminister Thierry Breton, dass die Diskussion in der G7 ergeben habe, dass von einer Unterbewertung des Yuan auszugehen sei und dass China dies Problem lösen müsse.

Auch die Weltbank schloss sich im April der Forderung nach Flexibilisierung des Währungssystems an. Die hohen Kapitalzuflüsse haben nach Einschätzung des Chef-Ökonomen der Weltbank für Ostasien und den Pazifik, Homi Kharas, den Druck auf den Wechselkurs erhöht. Allerdings bleibt Kharas bei der Frage der zeitlichen Umsetzung eher vorsichtig: „The timing is something that remains to be seen.“ (WSJ, 27.4.05) Kharas vertritt auch die Position, dass China seinen Wechselkurs stärker an einen Korb von Währungen binden sollte, um sich auf diese Weise vor protektionistischen Reaktionen der USA zu schützen.

Der politische Druck scheint bisher jedoch nicht die gewünschte Wirkung auf die chinesische Regierung gehabt zu haben, da diese keineswegs eine Kehrtwende in der Währungspolitik beabsichtigt. Ministerpräsident Wen Jiabao erklärte Mitte Mai gegenüber einer Delegation der US Chamber of Commerce in Beijing, dass die chinesische Regierung die Befürchtungen der Handelspartnerländer zur Kenntnis nehme. Er betonte jedoch, dass die Reform des Wechselkurssystems auf der Basis der realen Entwicklung fortgesetzt werde. Wen hob hervor, dass 1. die Reform des Wechselkurssystems notwendig für den Aufbau der sozialistischen Marktstruktur sei und einen wichtigen Bestandteil der Finanzsektorreform ausmache sowie zu den Grundlinien der Reform zähle. Bei der Reform des Wechselkurssystems müsse Wen zufolge 2. von der Realität ausgegangen werden, d.h. die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die Toleranzgrenze der Unternehmen, die Fortschritte bei der

Finanzsektorreform und der Einfluss des Außenhandels müssten berücksichtigt werden. Letztlich habe 3. jedes Land das Recht, das Wechselkurssystem zu wählen, das den eigenen nationalen Bedingungen am besten entspreche. China werde sich zwar an die Marktgesetze halten, sich jedoch keinem externen Druck beugen. Wenn die Bedingungen es erlaubten, werde die Reform des Wechselkurssystems auch ohne Außendruck realisiert werden.

Mitte Mai musste der Zentralbankpräsident Zhou Xiaochuan erneut Gerüchten über eine Aufwertung der Währung entgegentreten. Diese Gerüchte seien von einigen Ausländern gestreut worden, so Zhou, und stimmten nicht. Das Gerücht war durch eine Information auf der Webseite der englischsprachigen *People's Daily* entstanden und als falsche Übersetzung eines älteren Artikels aus der Hongkonger Presse identifiziert worden.

Zu den Maßnahmen, die von der Regierung zum Abbau der hohen spekulativen Kapitalzuflüsse verfolgt werden, zählt die Lockerung der Kapitalverkehrskontrolle. So können die chinesischen Unternehmen in diesem Jahr – beginnend mit dem 19.5.05 – rd. 52% mehr im Ausland investieren als im Jahre 2004. Gegenüber den Investitionen von 3,3 Mrd. US\$ im Vorjahr soll sich das im Ausland investierte Kapital in diesem Jahr auf rd. 5 Mrd. US\$ belaufen.

Für den Fall, dass die chinesische Regierung eine Aufwertung durchführt, erwarten Experten, dass Unternehmen mit einem hohen Verkaufsumsatz in Asien zu den Gewinnern gehören werden. Hierzu zählen beispielsweise Unternehmen, die Luxusgüter verkaufen sowie Halbleiter, technologieintensive Produkte und langlebige Konsumgüter, u.a. Pkw. Ausländische Hersteller wie BMW, GM, Ford etc. würden sich gegenüber ihren asiatischen Konkurrenten durch die Aufwertung besser stellen. (WSJ, 16.4., 28.4., 26.5., 27.5.05; ST, 19.5.05; IHT, 23.5., 24.5.05; XNA, 16.5., 17.5., 18.5.05; FT, 28.4., 12.5.05; NfA, 19.5.05)

34 Renommierte Ökonomen weisen auf Folgen einer veränderten Währungspolitik hin

In der Diskussion über Chinas Währungspolitik und ihre Auswirkungen auf die chinesische Wirtschaft und die Handelspartnerländer melden sich auch zunehmend international bekannte Ökonomen zu Wort. So veröffentlichte das *Wall Street Journal* am 21.5.2005 einen Kommentar des US-Ökonomen Paul Krugman, der in der *New York Times* erschienen war. Aus der Sicht Krugmans hat das US-Finanzministerium keinen Grund, sich bei der chinesischen Regierung zu beschweren, da durch Zufluss von Kapital aus China das hohe Defizit der USA mit finanziert werde. Allein im letzten Jahr habe China Anleihen in einem Umfang von rd. 220 Mrd. US\$ in den USA gekauft und auf diese Weise dazu beigetragen, dass die Zinsen in den USA niedrig blieben.

Die Hintergründe für die Anleihekäufe Chinas in den USA beschreibt Krugman wie folgt: Durch den Zufluss von Kapital durch den Außenhandelsüberschuss und durch Investitionen ausländischer Unternehmen würde unter Marktbedingungen der Wert der chinesischen Währung steigen. Die Regierung ließe diese Entwicklung jedoch nicht zu, weil dadurch die Exporte weniger wettbewerbsfähig würden und der Außenhandelsüberschuss zurückgehen würde. Stattdessen sterilisiere die Regierung die Auswirkungen dieser Entwicklung, indem sie US-Anleihen in Dollar kauft. Krugman bezeichnet diese Entwicklung als ökonomisch pervers: Obwohl China ein armes Land sei, in dem Kapital nach westlichen Standards noch immer knapp sei, würde es der USA enorme Summen zu niedrigen Zinsen leihen.

Durch den Zufluss des Kapitals aus China und anderen Ländern könnte sich die US-Wirtschaft von den negativen Effekten des hohen Haushaltsdefizits isolieren. So wären die US-Zinsen sehr niedrig geblieben, obwohl die Regierung auf dem Kapitalmarkt hohe Anleihen aufnehmen

musste, um das Defizit zu decken. Die niedrigen Zinsen wiederum hätten eine zentrale Rolle für den Boom des Bausektors gespielt und zu mehr Beschäftigung in diesem Sektor und zum Konsum beigetragen.

Dass sich das Finanzministerium überhaupt negativ zur chinesischen Währungspolitik äußere, ist nach Krugman nur darauf zurückzuführen, dass es dem Druck von US-Produzenten nachgebe. Auch würde das Ministerium in seinem Bericht nicht auf die Auswirkungen der Währungspolitik auf die Handelsbeziehungen eingehen, sondern lediglich auf die negativen Folgen für die chinesische Wirtschaft.

Aus Sicht Krugmans wird es bei einer Veränderung der derzeitigen Währungspolitik Chinas zu folgenden Entwicklungen kommen: Es gibt keine billigen Kredite für die USA mehr, sodass dort die Zinsen steigen werden, der Boom im Bausektor wird zusammenbrechen, die Beschäftigung im Bausektor und die Konsumausgaben werden zurückgehen und fallende Preise für Wohnungen werden zu einer Welle von Konkursen führen.

Zusammenfassend weist Krugman in seinem Kommentar darauf hin, dass er nicht die Fortsetzung des Status quo befürworte, sondern dafür plädiere, dass so früh wie möglich die „Abhängigkeit“ der USA von billigem Kapital aus dem Ausland beendet werden müsse. Die negativen Auswirkungen einer Veränderung der chinesischen Währungspolitik würden allerdings sofort eintreten, während sich die positiven Effekte erst in mehreren Jahren zeigen würden.

Bereits im Herbst letzten Jahres hatte der US-Ökonom und Nobelpreisträger Robert Mundell darauf aufmerksam gemacht, dass sich die Anbindung des RMB an den US-Dollar als sinnvoll erwiesen habe, und eine Veränderung des Wechselkursregimes keine Reduzierung des Handelsbilanzdefizits der USA zur Folge haben werde. So seien die Preise in China in den letzten zehn Jahre seit Anbindung des RMB an den US-Dollar bemerkenswert stabil

geblieben. Mundell plädierte dafür, dass keine Veränderung am Wechselkursregime vorgenommen wird. Das Ziel der Zentralregierung in Beijing müsse es sein, zur vollen Konvertibilität überzugehen. Er kritisierte gleichzeitig den Internationalen Währungsfonds, der China während der Asienkrise 1997-98 aufgefordert hatte, den RMB abzuwerten und nun darauf dränge, dass die chinesische Währung aufgewertet werde. Niemals in der Geschichte des Währungsfonds sei ein Land mit nichtkonvertibler Währung dazu aufgefordert worden, seine Währung aufzuwerten.

Andere US-Ökonomen wie beispielsweise Ronald McKinnon von der Stanford-Universität gehen davon aus, dass durch eine Aufwertung des RMB nicht automatisch die chinesischen Exporte zurückgehen, der Inflationsdruck abnehmen und das US-Handelsbilanzdefizit sinken werde. McKinnon verwies auf das Beispiel Japans. Unter dem Druck der USA habe Japan seinen festen Wechselkurs in einen flexiblen umgewandelt, doch trotzdem sei das US-Defizit im Handel mit Japan unverändert hoch geblieben. Dies sei u.a. auf die Spar- und Konsumgewohnheiten in Japan zurückzuführen, sodass die theoretischen Erwartungen zu den Wirkungen einer Wechselkursveränderung nicht mit der tatsächlichen Entwicklung übereinstimmen würden. Auch im Falle Chinas seien die Folgen nicht absehbar.

Ende Mai d.J. veröffentlichte die *Financial Times* zudem einen Kommentar der US-Ökonomen Lawrence Lau (Stanford-Universität und stellvertretender Kanzler der Chinese University Hong Kong) und Joseph Stiglitz (Columbia University und Nobelpreisträger für Ökonomik). Beide Ökonomen wiesen darauf hin, dass der politische Druck einer Aufwertung durch den US-Kongress und die G7 zwar stark zugenommen habe, dass es aber keinen verlässlichen Beweis für eine bedeutende Unterbewertung des RMB gebe: „... there is currently no credible evidence that the renminbi is significantly undervalued ...“ (FT,

25.4.05). Die zwei Symptome einer Unterbewertung wie a) ein hoher Handelsbilanzüberschuss (multilateral) oder b) eine hohe Inflationsrate würden im Falle Chinas fehlen. Dass die USA ein derart hohes Defizit im Handel mit China haben, führen beide Ökonomen auf das enorme fiskalische Defizit des Landes und die Tatsache zurück, dass die Konsumenten in den USA nicht sparen würden.

Beide Ökonomen schlagen als Alternative zur Veränderung der Wechselkurspolitik vor, die Exporte zu besteuern. Diese Maßnahme sei konform mit den WTO-Regeln und hätte den Vorteil, dass dadurch keine finanziellen Verluste für Anleger (wie die Zentralbank, die Geschäftsbanken und die Unternehmen) von in US-Dollar dominierten Anlagewerten auftreten würden. Weitere Vorteile seien, dass eine Zunahme der Einkommensunterschiede zwischen Stadt und Land (Aufwertung würde den Aufwärtsdruck auf die Agrarpreise erhöhen) vermieden und die Währungsspekulanten nicht belohnt würden. (SCMP, 31.5.05; WSJ, 25.4., 21.5.05; XNA, 24.5.05; FT, 25.4.05)

35 Zunahme der regionalen Wirtschaftskooperation mit asiatischen Nachbarländern

Die regionale Arbeitsteilung zwischen China und seinen Nachbarländern und -regionen hat sich in den letzten Jahren hinsichtlich Außenhandel, Kapitalströme und sonstige Kooperationen intensiviert. Dies Thema ist Gegenstand vieler Konferenzen und bilateraler Vereinbarungen.

Die Frage der wirtschaftlichen Integration in Nordostasien stand auch im Mittelpunkt einer Konferenz von Wissenschaftlern der Universität Beijing und der südkoreanischen Kyung-Hee-Universität im Mai d.J. Nach Einschätzung von Pao Wenyi, ehemaliger Präsident der Yanbian-Universität und einer der Teilnehmer der Konferenz, sollte für die Wirtschaftsintegration der nordost-

asiatischen Länder die EU als Vorbild herangezogen werden. Voraussetzungen für die Integration seien stabile und friedliche politische Rahmenbedingungen, häufige gegenseitige Besuche der politischen Führer der jeweiligen Länder sowie die wirtschaftliche und technologische Zusammenarbeit. Nach Ansicht von Professor Choue Chung-won von der Kyung-Hee-Universität sollten China, Südkorea und Japan im Rahmen der wirtschaftlichen Integration ihre Standards in der IT-Industrie vereinheitlichen. Andere Teilnehmer der Konferenz wiesen auf die besondere Bedeutung von regionalen Zollabkommen hin, die zur Erhöhung des Außenhandels, Restrukturierung der Industrie in den beteiligten Ländern, Reduzierung von Handelskonflikten und Ausweitung von Investitionen und des Wohlstands beitragen würden.

Die Außenhandelsintegration zwischen China, Südkorea und Japan hat auch im letzten Jahr nach Angaben von Pan Wenyi zugenommen. So wickelte China im Jahre 2004 einen Anteil von 7,7% seines Außenhandels mit Südkorea sowie 14,5% mit Japan ab. Im Außenhandel Südkoreas spielte China mit 18,8% eine wichtige Rolle. Auch für Japan hat China mit einem Anteil von 16% am Außenhandel eine große Bedeutung.

Auf der politischen Ebene gibt es bereits regelmäßige Treffen zwischen den verschiedenen Regierungsebenen der drei Länder. Ende April beispielsweise tauschten sich Vertreter der südkoreanischen und chinesischen Regierung und staatlicher Agenturen über die Frage aus, wie der bilaterale Außenhandel und die sonstige Wirtschaftskooperation ausgeweitet werden könne. Das Treffen fand in der chinesischen Stadt Dongguan statt und war das vierte dieser Art seit Juli 2003, als ein gemeinsames Komitee für die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen gegründet wurde.

Die Diskussion, wie China in die Kooperation in Ostasien integriert werden kann, stand auch im Mittelpunkt der 11. Internationalen Konferenz zur Zukunft Asiens, die En-

de Mai in Tokyo stattfand. In einer Rede auf der Konferenz betonte Lee Hsien Loong, Ministerpräsident von Singapur, dass die Einbeziehung Chinas in die Kooperation in Ostasien von zentraler Bedeutung für nachhaltiges Wachstum und Wohlstand der Region sei. Die Integration müsse für alle Beteiligten Vorteile mit sich bringen. Zweitens sei die Zusammenarbeit zwischen den übrigen Ländern der Region zu intensivieren. Ostasien müsse drittens außenorientiert bleiben und die Kooperation verstärken, ohne sich nach außen zu verschließen und protektionistisch zu werden. Viertens sei die wirtschaftliche Integration durch ein stabiles Sicherheitsumfeld zu untermauern.

Für Lee Hsien Loong ist Chinas Aufstieg zu einer bedeutenden Wirtschaftsmacht ein wichtiger Faktor in Asien, der enorme Möglichkeiten beinhalte, aber gleichzeitig zu einer Veränderung des Status quo führe. China entwickle eine breite Palette von Fähigkeiten. So trete es nicht nur in Wettbewerb mit den Industrieländern in Bereichen wie Forschung und Entwicklung sowie bei fortgeschrittener Verarbeitung, sondern auch bei kostengünstiger, arbeitsintensiver Produktion mit den Entwicklungsländern. Diese Länder müssten Restrukturierungen vornehmen und ihre Ökonomien auf ein neues Niveau heben, neue Fähigkeiten erwerben, sich an die Realität gewöhnen und ihre Bevölkerung darauf vorbereiten, um vom Wachstum Chinas profitieren zu können. Allerdings, so Lee Hsien Loong, dürfe China nicht die einzige Wachstumslokomotive in Asien sein. Vielmehr müssten die anderen asiatischen Länder durch Kooperation zu einem verwobenen Wachstumsmuster beitragen. Die wichtigste Ländergruppe sei dabei die ASEAN.

Chinesischen Statistiken zufolge ist die ASEAN-Ländergruppe inzwischen der viertwichtigste Handelspartner. Das Außenhandelsvolumen zwischen China und der ASEAN nahm im 1. Quartal 2005 um 25% zu und erreichte ein Volumen von 27,5 Mrd. US\$. Im Jahre 2004 belief sich das bilaterale Handelsvolumen

auf 105,9 Mrd. US\$, ein Anstieg um 35%. Am 1. Juli d.J. wird der erste Teil des Zollabkommens zwischen China und der ASEAN in Kraft treten, durch das für rd. 7.000 Produkte die Zölle erheblich reduziert werden.

Die Wirtschaftskooperation zwischen China und Singapur spielt innerhalb der ASEAN eine erhebliche Rolle, da Singapur aufgrund seines hohen technologischen Entwicklungsniveaus für China besonders attraktiv ist. Im Jahre 2002 wurde zwischen Singapur und China eine bilaterale Vereinbarung über die Zusammenarbeit in vier Kernbereichen abgeschlossen. Hierzu gehören Kooperation im Hightech-Bereich, in der Entwicklung Westchinas, die Unterstützung der Außenorientierung chinesischer Unternehmen („go global“-Strategie) und der Austausch von Fachkräften. In der Folgezeit wurde als neues Kooperationsfeld auch die Unterstützung Singapurs bei der Belegung der nordöstlichen Industriebasis hinzugenommen. Beide Länder gründeten außerdem einen Gemischten Ausschuss für die bilaterale Zusammenarbeit auf der Ebene der stellvertretenden Ministerpräsidenten, der als hochrangige Plattform für die Kooperation dient.

Der bilaterale Handel zwischen Singapur und China weitete sich in den letzten Jahren schnell aus und betrug im Jahr 2004 26,68 Mrd. US\$; Investitionen aus Singapur beliefen sich auf 25,54 Mrd. US\$. Bis zum Jahre 2010 erwartet die chinesische Regierung eine Verdoppelung des Handelsvolumens auf rd. 50 Mrd. US\$. (XNA, 30.4., 4., 13.5.05; BBC EF, 30.4.05; BBC PF, 18.5.05; ST, 26.5.05)

36 Textilstreit mit der EU und den USA eskaliert

Aufgrund des sprunghaften Anstiegs der Importe von Textilien aus China in den ersten Monaten d.J. haben die USA und die EU Maßnahmen zum Schutz ihrer Märkte eingeleitet. Innerhalb der EU haben 13 der 25 Mitgliedsstaaten, einschließ-

lich Frankreich und Italien, auf eine Untersuchung der Importentwicklung und auf schnelle Verhängung von Restriktionen gedrängt.

Bei den Schutzmaßnahmen berufen sich die Handelspartner auf das von China beim WTO-Beitritt unterzeichnete Protokoll, in dem eine Schutzklausel bei einer „Zerrüttung“ ihrer Märkte aufgrund einer rasanten Importzunahme zugelassen wurde. Diese Schutzklausel gilt bis zum Jahre 2008 und erlaubt u.a. die Beschränkung der Importe in Form von neuen Einfuhrquoten gegenüber China.

Im Textilstreit argumentiert die chinesische Regierung dagegen, dass nach dem Auslaufen des internationalen Textilabkommens Ende 2004 auch gegenüber China keine Quoten mehr verhängt werden dürften. Handelsminister Bo Xilai wies in einem Treffen mit dem Präsidenten der US Chamber of Commerce Mitte Mai in Beijing darauf hin, dass die Verhängung von neuen Importquoten dem Geist des freien Handels widersprechen würde, den gerade die USA stets ermutigen würde.

Die EU begann offiziell am 29.4.05 mit einer Untersuchung des bilateralen Textilhandels, um festzustellen, ob Schutzmaßnahmen erforderlich sind. Hierfür ist formal ein Zeitraum von 81 Tagen vorgesehen, davon entfallen 21 Tage für die Untersuchung und 60 Tage auf Konsultationen mit der chinesischen Seite. Nach den EU-Richtlinien ist eine Verkürzung des Verfahrens auf einen Monat möglich, wenn absehbar ist, dass der Importzuwachs die EU-Industrien schädigt.

Ersten Berechnungen der EU zufolge stieg der Import von T-Shirts aus China in den ersten drei Monaten d.J. um 187% gegenüber der Vorjahresperiode; die Einfuhr von Garnen für Leinenbekleidung erhöhte sich um 56%. Weiterhin soll der Import von Pullovern um 434% und von Herrenhosen um 413% gestiegen sein. Damit liegt der Importzuwachs weit über der als normal definierten Ausweitung und ist der Grund für die Verhängung von Restriktionen. Vom Zeitpunkt des Vor-

bringens der Beschwerde der EU vor der WTO Ende Mai an wurden der chinesischen Regierung 15 Tage eingeräumt, um hierauf zu reagieren.

Die Fronten zwischen der EU und China blieben zunächst bis Ende Mai d.J. verhärtet. Ein Zusammentreffen zwischen Peter Mandelson, EU-Handelskommissar, und dem neu ernannten chinesischen Handelsbeauftragten, Gao Hucheng, verlief Ende Mai ohne konkrete Ergebnisse.

Die Eskalation des Textilstreits mit den USA hat dazu geführt, dass Mitte Mai eine mengenmäßige Beschränkung der Textilimporte aus China verhängt wurde. Ziel ist es, eine Ausweitung der Textilimporte über die 7,5%-Grenze hinaus zu verhindern. Während Vertreter der US-Textilindustrie diesen Schritt begrüßten, äußerten sich amerikanische Importeure eher kritisch. Laura Jones, geschäftsführende Direktorin der United States Association of Importers of Textiles and Apparel, kommentierte diese Entscheidung wie folgt: „These restrictions on imports from China will do absolutely nothing to help the US textile industry – and the government knows it“ (SCMP, 19.5.05).

Um die EU und die USA von der Verhängung von Importquoten abzubringen, hatte das Handelsministerium zunächst Anfang des Jahres und dann nochmals in den letzten Wochen Exportsteuern für Textilausfuhren angekündigt. Dies betraf zunächst 148 Produktgruppen und wurde in einem zweiten Schritt auf zusätzliche 24 Gruppen ausgeweitet. Nachdem jedoch klar wurde, dass beide Handelspartner Importquoten verhängen, wurden die geplanten Ausfuhrsteuern wieder zurückgenommen. Handelsminister Bo Xilai begründete dies damit, dass kein doppelter Druck – einerseits durch Importquoten und andererseits durch Exportsteuern – für die chinesischen Hersteller aufgebaut werden solle.

Nach chinesischen Angaben stiegen die chinesischen Textilexporte in den ersten vier Monaten d.J. insgesamt um 48%; die Ausfuhren von

Textilien in die USA nahmen um 71% und in die EU um 48% zu. Der hohe Anstieg der Importe durch die USA und die EU begründet die chinesische Regierung mit umfangreichen Bestellungen von Textilien durch Unternehmen in den USA und der EU, die befürchtet hätten, dass die Liberalisierung des Textilhandels nur kurzfristig möglich sein werde. Sie hätten deshalb diese Lieferungen zu Ende 2004 bzw. Anfang 2005 geordert. Nur die ersten Monate als Basis für die Entscheidung über eine Sanktion gegenüber China zu verhängen, ohne die besonderen Rahmenbedingungen zu beachten, sei demnach unfair.

China ist inzwischen der weltweit wichtigste Exporteur von Textilien. Im letzten Jahr belief sich der Wert der Ausfuhren auf 87,4 Mrd. US\$. Preise chinesischer Produkte lagen nach Schätzungen der US-Textilindustrie im letzten Jahr im Durchschnitt um 58% niedriger als die anderer Anbieter, einschließlich Bangladesch und Indien.

Die Wettbewerbsfähigkeit chinesischer Textilien und Bekleidung auf dem Weltmarkt ist vor allem durch ausländische Investoren unterstützt worden. Sie investierten allein im letzten Jahr rd. 4,45 Mrd. US\$ im Textilsektor, eine Vervierfachung der Investitionen gegenüber 1999. Auch US-Unternehmen sind in China aktiv, hierzu zählen beispielsweise Invista, Malden Mill Industries Inc. und W.L. Gore & Associates.

Die Textilindustrie, in der rd. 19 Mio. Beschäftigte arbeiten, zählt nach wie vor zu den bedeutendsten Industriezweigen Chinas. Chinesischen Textilarbeitern verbleibt nach Angaben der Regierung lediglich ein Anteil von 30-40% am Gewinn pro exportiertem T-Shirt, während der Rest an die Importeure, Einzelhändler und Kunden fließen würde. (XNA, 15., 18., 30.5.05; SCMP, 16.4., 21.5.05; HB, 31.5.05; FT, 30.5.05; ST, 19.5.05; NZZ, 18.5.05; WSJ, 11.4., 19.5.05; IHT, 26.4., 18.5.05; FAZ, 31.5.05)

37 Chinesische Regierung ernannt Handelsbeauftragten

Ende April wurde der ehemalige stellvertretende Handelsminister Gao Hucheng zum Handelsbeauftragten berufen, der China zukünftig bei der wachsenden Zahl von internationalen Handelskonflikten vertreten soll. Gao steht einem neu eingerichteten Amt vor, das wichtige internationale Handelsvereinbarungen und -gespräche organisieren wird.

Die erste Herausforderung muss Gao derzeit im Textilstreit mit der EU und den USA bestehen. Ein Sprecher der EU kündigte Anfang Mai an, dass die EU sehr eng mit Gao für die Lösung des Konfliktes zusammenarbeiten will. Mitte Mai d.J. kam ein erstes Treffen mit dem EU-Handelsbeauftragten Mandelson zustande.

Nach Angaben des Handelsministeriums von März 2005 ist China in einem Siebtel der weltweiten Antidumpingfälle seit Januar 1995 involviert gewesen. Vor diesem Hintergrund wird die Rolle des Handelsbeauftragten als besonders wichtig eingeschätzt. (WSJ, 2.5.05; BBC PF, 1.5.05)

Binnenwirtschaft

Margot Schüller

38 ICBC erhält ebenfalls Rekapitalisierungsspritze

Ende April hat die Industrial & Commercial Bank of China (ICBC) als dritte der vier großen Staatsbanken eine Kapitalspritze erhalten. Die Zentralregierung genehmigte die Zuweisung von 15 Mrd. US\$ über die China Central Huijin Co., die ein Ausführungsinstitut der Zentralbank und zuständig für die finanzielle Restrukturierung der Staatsbanken ist. Ziel der Kapitalspritze ist es, die Eigenkapitalbasis der Bank zu stärken. Bereits Ende 2003 hatten

die Bank of China (BOC) und die China Construction Bank (CCB) jeweils 22,5 Mrd. US\$ als Rekapitalisierung erhalten. Bankanalysten zeigten sich erstaunt darüber, dass die ICBC als größte Bank eine deutlich geringere Kapitalspritze erhielt als die zwei Banken zuvor, obwohl ihre Quote der faulen Kredite höher als die anderer Banken liegt.

Die ICBC verfügt über ein Filialnetz von ca. 20.000 Banken und beschäftigt rd. 400.000 Arbeitskräfte. Die Bank wurde von der Zeitschrift *The AsianBanker* im Jahre 2004 als beste Bank für das Privatkundengeschäft in China (*best retail bank in China*) ausgewählt. Die Bank habe Fortschritte bei der Transformation in ein modernes Bankinstitut gemacht, die faulen Kredite reduziert, Geschäftsabläufe verbessert und in Technologien von strategischer Bedeutung investiert. Diese Veränderungen hätten sich positiv auf das Privatkundengeschäft ausgewirkt.

Es wird damit gerechnet, dass die Kapitalinjektion die Eigenkapitalquote der ICBC auf 6% erhöhen kann. Damit würde die Mindestgrenze nach Basel 1 von 8% noch nicht erreicht werden. Deshalb erwarten Experten, dass die 15 Mrd. US\$ erst der Beginn eines umfangreichen Rettungspakets sind. Offiziellen Angaben nach lag die Quote der faulen Kredite der ICBC bei 20% bzw. betrug rd. 84 Mrd. US\$. Konservative Schätzungen gehen davon aus, dass mindestens 30 Mrd. US\$ notwendig sind, um die Kapitalbasis ausreichend zu stärken. Fitch Ratings nennt ein Volumen von 50 Mrd. US\$; HSBC Bankanalyst Russel Kopp geht sogar von 80 Mrd. US\$ aus.

Dass noch weitaus höhere Kapitalzuweisungen zur Konsolidierung der Staatsbanken erforderlich sind, darauf verweist die Ratingagentur Standard & Poor's in einem Bericht Ende April d.J. Die Ratingagentur geht davon aus, dass mindestens 110 Mrd. US\$ für die ICBC und die Agricultural Bank of China (ABC) erforderlich sind, deren finanzielle Reform noch nicht begonnen hat. Das Kapital sei notwendig für die Eigen-

kapitalbasis und für das Mindestniveau einer Vorsorge gegen das Entstehen zukünftiger fauler Kredite. Die Konsolidierung dieser zwei Banken werde doppelt so teuer wie die der BOC und der CCB.

Bisher wurden von der Regierung seit Beginn der Restrukturierung der Banken Ende der 90er Jahre rd. 263,7 Mrd. US\$ für die Erhöhung der Eigenkapitalbasis und für die Übernahme fauler Kredite bereitgestellt. Im Einzelnen ging es dabei um folgende Positionen:

Kapitalspritzen für die Staatsbanken

Zeitpunkt	Mrd. US\$	Bank
April 2005	15	ICBC; Neues Kapital
Juni 2004	33,7	BOC, CCB; für Ankauf von NPL
Dez 2003	45	BOC, CCB; Neues Kapital
1999	170	ICBC, BOC, CCB, ABC; für NPL

NPL = non-performing loans
Quelle: WSJ, 25.4.05.

Die rechtliche Restrukturierung der ICBC in eine Aktiengesellschaft soll bis Ende d.J. abgeschlossen sein. Im kommenden Jahr will die Bank ebenfalls an die Börse gehen. Das Finanzministerium will angeblich seine Beteiligung an der ICBC behalten und ein gleichbedeutender Eigentümer wie die China Central Huijin bleiben. (WSJ, 25.4., 27.4.05; XNA, 27.4., 28.5.05; ST, 23.4., 29.4.05)

39 Neue Skandale erschüttern Bankensystem

In einer landesweiten Konferenz zur Bekämpfung der Kriminalität im Finanzsektor forderte Liu Mingkang, Vorsitzender der China Banking Regulatory Commission (CBRC), ein Ende der Finanzskandale. An der Konferenz nahmen u.a. die füh-